

.SIAK-Journal – Zeitschrift für Polizeiwissenschaft und polizeiliche Praxis



Lukas, Tim (2014):

Urbane Resilienz. Ein neues Paradigma der städtebaulichen Kriminalprävention?

SIAK-Journal – Zeitschrift für
Polizeiwissenschaft und polizeiliche Praxis
(1), 4-15.

doi: 10.7396/2014_1_A

Um auf diesen Artikel als Quelle zu verweisen, verwenden Sie bitte folgende Angaben:

Lukas, Tim (2014). Urbane Resilienz. Ein neues Paradigma der städtebaulichen Kriminalprävention?, SIAK-Journal – Zeitschrift für Polizeiwissenschaft und polizeiliche Praxis (1), 4-15, Online: http://dx.doi.org/10.7396/2014_1_A.

© Bundesministerium für Inneres – Sicherheitsakademie / Verlag NWV, 2014

Hinweis: Die gedruckte Ausgabe des Artikels ist in der Print-Version des SIAK-Journals im Verlag NWV (<http://nwv.at>) erschienen.

Online publiziert: 5/2014

Urbane Resilienz

Ein neues Paradigma der städtebaulichen Kriminalprävention?



TIM LUKAS,
Leiter der Abteilung
Objektsicherheit am Institut für
Sicherheitssysteme der Bergischen
Universität Wuppertal.

Resilienz gilt als neues Schlagwort in der nationalen wie europäischen Sicherheitsforschung. Entsprungen aus sehr unterschiedlichen Forschungskontexten, verspricht das Konzept Antworten für verschiedene Sicherheitsprobleme bereitzuhalten. Resilienz soll einen Beitrag dazu leisten, Risiken und Bedrohungen zu minimieren und Schadensereignisse zu begrenzen bzw. im besten Fall zu verhindern (vgl. Floeting 2013a, 19). Im spezifischen Kontext der Stadt bedeutet urbane Resilienz die Schaffung widerstandsfähiger Strukturen, die zugleich flexibel genug sind, um unerwartete Ereignisse auffangen zu können. Der Aufbau urbaner Resilienz folgt dabei Ansätzen und Strategien, wie sie in der städtebaulichen Kriminalprävention bereits seit vielen Jahren diskutiert und zunehmend auch umgesetzt werden. Fraglich ist jedoch, inwieweit die städtebauliche Kriminalprävention ihrerseits vom Diskurs um die urbane Resilienz profitieren kann und ob sich aus einer Resilienzperspektive ein neues Paradigma der Kriminalprävention im Städtebau herleiten lässt. Urbane Resilienz kann als Fortführung der Kriminalprävention in der Risikogesellschaft verstanden werden. Es zeigt sich allerdings, dass das Konzept im Rahmen der städtebaulichen Kriminalprävention nur dann als vielversprechend erachtet werden kann, wenn Fragen der Sicherheit nicht allein in baulich-technischer Hinsicht, sondern in ihrem weiteren sozialen Kontext adressiert werden.

Die Prävention von Kriminalität hat sich in den vergangenen zwei Jahrzehnten zu einem zentralen Element der lokalen Sicherheitspolitik und Kriminalitätskontrolle entwickelt. Ordnungs- und Sicherheitspartnerschaften zwischen Polizei, Kommune und Wohnungswirtschaft, kommunale Ordnungsdienste und Gemeindefriedenswachen sind Bestandteile einer lokalen Sicherheitsarchitektur, in der die Kooperation und Koordination unterschiedlicher Akteure eine bedeutende Rolle spielen (vgl. Bundeskriminalamt 2013; Frevel 2012; Stummvoll 2004). Der Aufstieg der Kriminalprävention steht dabei in einem engen Zusammenhang mit makrosocialen Transformationsprozessen, die ihren Ausdruck in der verbreiteten Zeitdiagnose einer Sicherheits- bzw. Risikogesellschaft finden (vgl. Beck 1986; Groenemeyer 2010; Legnaro 1997; Singelnstein/Stolle 2006). Wie andere Konsequenzen der Moderne wird auch Kriminalität heutzutage nicht länger als ein schicksalhaftes, nicht zu beeinflussendes Ereignis und somit als Gefahr betrachtet, sondern gilt nunmehr als ein Modernisierungsrisiko (vgl. Blinkert 1988), das nach der statistischen Kalkulation seiner Eintrittswahrscheinlichkeit und der Bestimmung möglicher Schadensfol-

gen verlangt. Die lokale Sicherheitspolitik folgt dieser versicherungsmathematischen Logik insoweit, als sie für die Bearbeitung kriminellen Verhaltens ein Risikomanagement entwickelt, das sich von repressiven Strategien deutlich unterscheidet.¹ In den Blick präventiver Bemühungen geraten nun immer weniger die Täter und ihre Motivation, als vielmehr riskant bewertete Situationen und die Alltagsroutine potentieller Opfer, die als nicht-intendierte Nebenfolgen kriminelle Tatgelegenheiten generieren. Im Zentrum der Sicherheitspolitik stehen insofern die Kalkulation von Risiken und die Entwicklung situationsbezogener Präventionsmaßnahmen, die in den deutschen und österreichischen Kommunen insbesondere im Rahmen der städtebaulichen Kriminalprävention Gestalt annehmen.

Die städtebauliche Kriminalprävention hat vor allem in der polizeilichen Arbeit erheblich an Bedeutung gewonnen. Während in den deutschen Kommunalverwaltungen die zahlreichen Empfehlungen, Standards und Verfahren der städtebaulichen Kriminalprävention häufig zwar bekannt, praktisch aber kaum genutzt werden (vgl. Floeting 2013b, 235), wurden in vielen Polizeibehörden spezielle Fachgruppen geschaffen, die beratend in der Stadtentwicklung tätig werden. So verfügen beispielsweise das Landeskriminalamt Berlin oder das Polizeipräsidium Frankfurt inzwischen über eigens eingerichtete Fachdienststellen, deren Aufgabe vor allem darin besteht, die unterschiedlichen Aktivitäten der städtebaulichen Kriminalprävention zu bündeln und die polizeiliche mit einer planerischen Expertise zu verbinden. In Österreich werden polizeiliche Erkenntnisse zwar bislang noch nicht auf der Planungsebene integriert, Aspekte der städtebaulichen Kriminalprävention aber werden im Rahmen der Umsetzung des

Gender Mainstreaming durchaus angesprochen (vgl. Behrmann/Schröder 2013, 230). In Wien etwa ist das Konzept des alltags- und frauengerechten Planens und Bauens in den kommunalen Verwaltungsstrukturen als Magistratsabteilung verankert, wobei neben geschlechtsspezifischen Aspekten der Raum- und Verkehrsplanung insbesondere auch Aspekte der Sicherheit und des Sicherheitsgefühls der Bevölkerung Berücksichtigung finden (vgl. LKA Niedersachsen 2012, 18).

Ansätze der städtebaulichen Kriminalprävention bilden gegenwärtig den Ausgangspunkt zum Aufbau von urbaner Resilienz. Resilienz gilt in der aktuellen Sicherheitsdiskussion als „fashionable buzzword“ (Boin et al. 2010, 1), das Antworten für unterschiedliche Sicherheitsprobleme bereitzuhalten verspricht. Im Folgenden soll nun der Frage nachgegangen werden, inwieweit die städtebauliche Kriminalprävention ihrerseits vom Diskurs um die urbane Resilienz profitieren kann. Fraglich ist insofern, ob sich aus einer Perspektive der urbanen Resilienz ein neues Paradigma der Kriminalprävention im Städtebau herleiten lässt.

1. STÄDTEBAULICHE KRIMINALPRÄVENTION

Die Konzeptualisierung kriminalpräventiver Prinzipien in der Stadtplanung fußt auf Strategien, die unter dem Sammelbegriff der situationsbezogenen Kriminalprävention in jüngerer Zeit Prominenz in der Erklärung und Vermeidung kriminellen Verhaltens erfahren haben. Situationsbezogene Ansätze der Kriminalprävention verfolgen das Ziel, Tatgelegenheiten systematisch zu reduzieren. Die Zugänglichkeit von Tatmitteln und Tatobjekten soll verringert, das Misserfolgsrisiko der Begehung von Straftaten soll erhöht werden. „Situational prevention comprises

opportunity-reducing measures that (1) are directed at highly specific forms of crime, (2) involve the management, design or manipulation of the immediate environment in as systematic and permanent a way as possible, (3) make crime more difficult and risky, or less rewarding and excusable as judged by a wide range of offenders“ (Clarke 1997, 4). Durch die Herausarbeitung und Analyse von Gelegenheitsstrukturen soll die Deliktbegehung als Ereignis quantitativ reduziert, qualitativ gemindert oder wenigstens in ihren unmittelbaren Folgen gering gehalten werden. Zum Geringhalten negativer Folgen zählt in diesem Kontext auch die Reduzierung überhöhter Furcht vor Kriminalität.

Ihre theoretische Begründung finden situationsbezogene Strategien der Kriminalprävention in kriminologischen Ansätzen, deren präventive Logik auf einer Vorstellung von Kriminalität als individueller Nützlichkeitsabwägung beruht und welche die Ursachen der Kriminalität in solchen situativen Umständen verorten, die kriminelle Handlungen ermöglichen oder zumindest begünstigen. Der Routine Activities-Ansatz geht insoweit davon aus, dass sich Kriminalität immer dort ereignet, wo drei Bedingungen in Raum und Zeit zusammenfallen: motivierte Täter, Tatgelegenheiten und die Abwesenheit einer effektiven Kontrollinstanz (vgl. Cohen/Felson 1979). Operationalisiert als rationale Wahl, wird erwartet, dass der „reasoning criminal“ (Cornish/Clarke 1986) im Vorfeld einer kriminellen Handlung deren Kosten und Nutzen kalkuliert, um sich auf dieser Grundlage für oder gegen die Ausführung der Handlung zu entscheiden.

Für die Praxis der Stadtentwicklung wird insofern angenommen, dass durch die gezielte Umsetzung baulich-gestalterischer Maßnahmen Einfluss auf die lokalen Tatgelegenheitsstrukturen und somit das Ausmaß der kriminalitätsbezogenen Un-

sicherheitsgefühle und das Niveau der kriminellen wie nicht-kriminellen Devianz genommen werden kann. Das Spektrum erfolgsversprechender Empfehlungen reicht dabei von einer guten nächtlichen Beleuchtung über baugestalterische Maßnahmen für Grünflächen, Zugänge und Wegeführungen bis hin zur dezentralen Ansiedlung von Infrastruktureinrichtungen wie Geschäften oder Supermärkten.

Grundlegend für das Bemühen stadtplanerische Aspekte in die Analyse krimineller Gelegenheiten einzubeziehen ist der „defensible space“-Ansatz (vgl. Newman 1972), in dem die architektonische Gestaltung von Häusern und Siedlungen mit Aspekten der Sicherheit verwoben wird. Das zentrale Anliegen dieses Ansatzes ist es, die soziale Kontrolle auf dem Wege der Förderung von Verantwortlichkeit zu erhöhen: „Durch die architektonische und städtebauliche Gestaltung soll eine natürliche Überwachung – im Sinne informeller sozialer Kontrolle – durch Bewohner ausgelöst werden, die mit Zeichen der Raumeignung verteidigte und verteidigungsfähige Räume symbolhaft anzeigen“ (Schubert/Veil 2011, 84). Verteidigungsfähige Räume können in diesem Sinne als physischer Ausdruck sozialer Systeme gelten, die sich selbst verteidigen. „Defensible space‘ ist demnach ein sozio-physisches Phänomen“ (Newman 1972, 4).² Die bauliche Gestaltung soll einen Beitrag dazu leisten, funktionsfähige Nachbarschaften zu erschaffen. Die Baustruktur erscheint dabei weniger als eigenständiges Rezept zur Prävention kriminellen Verhaltens, sondern vielmehr als ein Hilfsmittel zur Selbsthilfe der Bewohner. Belastbare Strukturen der lokalen Selbstorganisation sollen die Notwendigkeit staatlicher und kommunaler Interventionen verringern.

Das Modell des verteidigungsfähigen Raumes bildet den Ausgangspunkt für eine

Reihe weiterer Ansätze, in denen jedoch der Ursprungsgedanke einer Erhöhung der informellen Sozialkontrolle zuweilen einseitig zu Gunsten einer an sozialer Ausschließung orientierten Fokussierung auf die architektonische und städtebauliche Gestaltung von Siedlungen aufgeweicht wird. Die gemeinsame Basis von Ansätzen wie „Crime Prevention through Environmental Design“ (CPTED; vgl. Crowe 2000), „Secured by Design“ (vgl. Cozens et al. 2007) oder „Design out Crime“ (vgl. Ekblom 2012) ist das Prinzip des Target Hardening, die Verringerung der Verwundbarkeit eines potentiellen Angriffsobjekts durch aktives Sicherheitsverhalten. „The most obvious way of reducing criminal opportunities is to obstruct the vandal or the thief by physical barriers through the use of locks, safes, screens, or reinforced materials“ (Clarke 1995, 110). Durch Planung und Gestaltung sollen Stadtviertel so strukturiert sein, dass menschliches Verhalten im Raum durch Barrieren, Zugangsbegrenzungen und die physische Härtung der materiellen Umwelt beeinflusst wird. Während ursprünglich also symbolische Barrieren der Unterteilung verschiedener Nutzungs- und Eigentumsansprüche dienen sollten, dominieren in dieser stark verengten Sichtweise nun reale Barrieren, deren problematische Auswirkungen auf die Stadtgestalt besonders eindrücklich am Beispiel geschlossener Wohnkomplexe, so genannter „gated communities“, sichtbar werden.³

Umfassen die genannten Gestaltungsempfehlungen ausschließlich architektonische und freiraumplanerische Maßnahmen, so geht die so genannte „zweite Generation“⁴ der CPTED-Konzepte über die einfache Raumgestaltung hinaus, insofern auch Strategien der Sozialplanung und des Sozialmanagements einbezogen werden. Im Blickpunkt steht somit nicht mehr allein die Gestaltung des physischen

Raums, sondern ebenso die infrastrukturelle Arbeit mit den Nutzern dieses Raums. In der Rückbesinnung auf die originäre Idee des „defensible space“ als sozio-physisches System soll der neue soziale Faktor die Integration der Bewohner fördern, indem Angebote für unterschiedliche Zielgruppen geschaffen werden. „Die für das Grundprinzip ‚informelle soziale Kontrolle‘ so wichtigen sozialen Kontakte können nicht moralisch erzwungen werden, sondern müssen als ‚Nebenwirkung‘ räumlicher Gestaltung erwirkt werden“ (Stummvoll 2002, 8). Mit Schulen, Spielplätzen, Parks, Geschäften und Nachbarschaftszentren soll eine Infrastruktur geschaffen werden, die für den Aufbau sozialer Kontakte förderlich sein kann.

In den jüngsten Entwicklungen des CPTED-Konzepts gewinnt nun eine „dritte Generation“⁵ an Kontur, innerhalb derer der Versuch unternommen wird, die gesellschaftlichen Leitideen der Sicherheit und der Nachhaltigkeit in der Umsetzung kriminalpräventiver Strategien miteinander zu versöhnen. Beide Konzepte galten im Planungsprozess bislang als weitgehend unvereinbar. Häufig mussten bei der nachhaltig-ökologischen Gestaltung neuer Stadtquartiere Kompromisse im Hinblick auf die Gewährleistung von Sicherheit oder bezüglich des Sicherheitsgefühls von Bewohnern gemacht werden. Ökologische Verantwortung und nachhaltiges Wirtschaften sollen daher auch in der städtebaulichen Kriminalprävention Einzug halten. Durch den Einsatz regenerativer Energien und unter Verwendung innovativer Technologien sollen nun nicht nur die Sicherheit und deren Wahrnehmung in Bezug auf Kriminalitätsrisiken, sondern die Lebensqualität von Stadtbewohnern insgesamt erhöht werden. In Erweiterung der herkömmlichen Sicherheitskonzeptionen, wonach zwischen innerer und äußerer, zwischen physischer und wirt-

schaftlicher Sicherheit unterschieden wird, werden mit „third-generation CPTED“ nun in der Sachdimension auch solche Sicherheitsprobleme adressiert, die aus den ökologischen Folgen der globalen Erwärmung resultieren: „The premise of third-generation CPTED is that a sustainable, green urbanity is perceived by its members and the outsiders as safe. Third-generation CPTED’s focus on sustainable green environmental design strategies insists on practical measures, physically or cybernetically enhanced, that foster the perception of urban space as safe beyond mere concerns about crime“ (UNICRI/MIT Senseable City Lab 2011, 19). Kriminalprävention im Städtebau lässt sich in dieser Perspektive als ein Element nachhaltiger Stadtentwicklung verstehen, mit dessen Hilfe sich soziale Konflikte als Konsequenz sozio-ökonomischer und demografischer Prozesse bewältigen lassen sollen.

2. URBANE RESILIENZ

Während die städtebauliche Kriminalprävention das Thema der Nachhaltigkeit gerade erst für sich entdeckt hat, scheint sich außerhalb der Kriminalpolitik schon ein weiterer Paradigmenwechsel insofern abzuzeichnen, als dass der Gedanke der Nachhaltigkeit zunehmend durch das Konzept der Resilienz abgelöst wird. Der Sozialpsychologe Harald Welzer (Welzer 2013) zitiert in einem Zeitungsinterview den Ökonomen Dennis L. Meadows – einen der Autoren der „Grenzen des Wachstums“ –, der angesichts der unabwendbar erscheinenden Überlastung des Planeten einen Perspektivwechsel von einer Politik der Nachhaltigkeit auf eine Politik der Resilienz fordert.

Resilienz bezeichnet die Fähigkeit eines Systems, belastende Einflüsse flexibel aufzufangen, auszugleichen und in einer Weise zu überstehen, dass die eigene Handlungsfähigkeit erhalten bleibt. Das

Konzept kommt in sehr unterschiedlichen Forschungskontexten zur Anwendung. Der gemeinsame Grundgedanke einer auf Widerstands- und Adaptionsfähigkeit fußenden Fehlertoleranz scheint den „Austausch zwischen verschiedenen Fachrichtungen und thematischen Feldern anzuregen“ (Felgentreff et al. 2012, 70). In den Technikwissenschaften etwa charakterisiert Resilienz die materielle Fähigkeit eines Körpers, nach äußerer Deformation wieder in seine Ausgangsform zurückspringen zu können. In der Psychologie wird Resilienz definiert als das Phänomen einer positiven Anpassung oder Entwicklung angesichts widriger Lebensbedingungen oder -ereignisse (vgl. Mergenthaler 2012, 62). Seinen Ausgangspunkt nimmt der Resilienzansatz in der Ökosystemforschung, in der unter dem Begriff die Kapazität eines Ökosystems verstanden wird, Störungen und Veränderungen zu tolerieren, ohne in einen qualitativ anderen Systemzustand mit neuen Strukturen, Funktionen und Kontrollmechanismen überzugehen (vgl. Holling 1973; Voss 2010, 69). Weitere Eigenschaften resilienter Systeme sind in dieser Perspektive die Fähigkeit zur Selbstorganisation und die Möglichkeit, Lern- und Anpassungskapazitäten aufzubauen.

In der Risiko- und Katastrophenforschung wird Resilienz häufig als Kehrseite von Vulnerabilität operationalisiert. Unter Resilienz wird die Fähigkeit einer Gesellschaft verstanden, eine Krise oder Katastrophe vergleichsweise schnell zu bewältigen und somit die Handlungs- und Funktionsfähigkeit der betroffenen Menschen und technischen Systeme baldmöglichst wiederherzustellen. Die Popularität des Konzepts lässt sich in dieser Betrachtungsweise durch einen in den 1970er Jahren vollzogenen Paradigmenwechsel erklären, innerhalb dessen eine fast ausschließlich naturwissenschaftlich

geprägte Gefahrenanalyse zunehmend abgelöst wurde durch eine mehr sozialwissenschaftliche Sicht auf die gesellschaftlichen Prozesse in Zusammenhang mit natürlichen und anthropogenen Katastrophen. Mit dem Resilienzansatz vollzog sich ein Wandel, der den Fokus weg von dem „isolierten“ Naturereignis hin zur Gesellschaft und zu deren Bewältigungsstrategien verschiebt (vgl. etwa Bara 2011, 78 ff). Ausgehend von der Erkenntnis, dass eine allumfassende Gewährleistung von Sicherheit in einer hoch entwickelten, vernetzten und zunehmend komplexen Welt nicht möglich ist, steht nun weniger die Absicherung gegen mögliche Risiken im Zentrum, sondern die Schaffung einer generellen Widerstandsfähigkeit für den Fall, dass es trotz aller Vorkehrungen zu einem katastrophalen Ereignis kommt.

Für die Gewährung von Sicherheit im spezifischen Kontext der Stadt bedeutet urbane Resilienz „the degree to which a city is able to tolerate alteration before reorganising around a new set of structures and processes“ (Resilience Alliance 2007, 8). Die besondere Vulnerabilität der Stadt ergibt sich aus den katastrophalen Folgen, die unvorhergesehene Ereignisse in diesem Rahmen zeitigen können. Städte sind äußerst komplexe Systeme, deren Versorgungsinfrastrukturen und Verkehrsknotenpunkte als besonders verwundbar gelten. Bereits kleinere Störungen können Kaskaden-Effekte auslösen und Schäden katastrophalen Ausmaßes verursachen. Diesbezüglich eröffnet Resilienz den Kommunen die Möglichkeit, Maßnahmen in ihrem Zuständigkeitsbereich zu ergreifen, die vorausschauend Ressourcen sichern, Infrastrukturen vorhalten und Strukturen bewahren bzw. schaffen, die robust genug sind, um die zukünftige städtische Entwicklung trotz krisenhafter Phänomene gewährleisten zu können (vgl. Bürkner 2010, 23 f; Hitthaler 2011, 43).

Das Konzept der urbanen Resilienz verspricht Antworten auf die Frage, wie Störungen des gesellschaftlichen Lebens in den Städten zukünftig verhindert bzw. in ihren Auswirkungen auf das städtische Zusammenleben abgeschwächt und bewältigt werden können. Resiliente Städte sind „capable of withstanding severe shock without either immediate chaos or permanent deformation or rupture. Designed in advance to anticipate, weather, and recover from the impacts of natural or technological hazards, resilient cities are based on principles derived from past experience with disasters in urban areas“ (Godschalk 2002, 1).

Da der Blick in die Vergangenheit jedoch nur unsichere Aussagen über die Zukunft ermöglicht, kennzeichnet urbane Resilienz einen spezifischen Umgang mit Nichtwissen, wie er sich insbesondere in städtischen Systemen angesichts komplexer Zusammenhänge und einer mangelnden Vorhersehbarkeit der Stärke und Häufigkeit von krisenhaften Ereignissen darstellt. Die Anfälligkeit einer Gemeinschaft gegenüber Risiken und Gefahren kann valide nicht vollständig prognostiziert werden. Die Komplexität städtischer Gebilde verlangt daher nach einem ganzheitlich ausgerichteten Konzept urbaner Resilienz, das bauliche wie auch soziale Aspekte auf verschiedenen Ebenen der Stadtentwicklung integriert.

Im Kontext der Bewältigung struktureller Traumata, wie etwa Erdbeben oder Überschwemmungen, richtet sich urbane Resilienz überwiegend auf die gebaute Umwelt. Resilienz bedeutet in diesem Rahmen „die Fähigkeit zur Wiederherstellung baulicher Strukturen oder der funktionalen Integrität einer Stadt“ (Bürkner 2010, 23). Im Diskurs um die Prävention katastrophaler Ereignisse wird urbane Resilienz als die Fähigkeit von Städten und lokalen Akteuren verstanden, effektive

Steuerungsformen und effiziente Institutionen für den Umgang mit angenommenen oder realen Terrorgefahren zu entwickeln. Die Folgen einer solchermaßen am Prinzip des „designing out terrorism“ (Coaffee 2004) orientierten Stadtpolitik können in kritischer Absicht als „military urbanism“ (Graham 2010) beschrieben werden, die letztlich dazu führe, dass sich die Besonderheit des Städtischen, ihre Offenheit und Liberalität, gegen sich selbst wende und mit zunehmender technischer Überwachung elementare Bürgerrechte mehr und mehr eingeschränkt würden (vgl. Rogers 2012; Savitch 2008). Jon Coaffee (Coaffee 2004) zeigt am Beispiel Londons, wie durch eine dichotome Strategie aus Fortifikation und Technisierung von Überwachung Risiken verlagert und unterschiedliche Zonen verschiedener Sicherheitsniveaus geschaffen werden. Besonders kontrollierte Hochsicherheitszonen würden dabei vom Rest der Stadt regelrecht abgekoppelt.

Entgegen dieser an baulich-technisch hergestellter Sicherheit ausgerichteten „built-in resilience“ (Bosher 2008), lokalisieren Martin Innes und Vanessa Jones (Innes/Jones 2006, 50) als Quelle urbaner Resilienz „the presence of collective efficacy in a community whereby a group of people come together around a shared goal, such as improving feelings of safety and security“. In Anlehnung an die Idee kollektiver Wirksamkeit (vgl. Sampson 2012, 149 ff), erscheint ein Stadtviertel dann als resilient, wenn seine Bewohner sich für das gemeinsame Wohl einsetzen und eine Basis wechselseitigen Vertrauens und geteilter Normen unter den Nachbarn existiert. In dieser „weichen“ Perspektive stellt urbane Resilienz einen bottom-up-Prozess dar, in dem Widerstandsfähigkeit und Flexibilität das Ergebnis von sozialer Kohäsion und lokalen Erwartungen an Kontrolle und Intervention sind. Die Resilienz der Bevölkerung lässt sich sol-

chermaßen beschreiben als „capacity of a social entity (e.g., a group or community) to bounce back or to respond positively to adversity“ (Maguire/Hagan 2007, 16). Resilienz ist in dieser Betrachtungsweise eine Bedingung des städtischen Alltags, die nicht erst im Schadensfall ihre Wirkungen entfaltet. Resiliente Gemeinschaften können in der Katastrophe „Fähigkeiten und Fertigkeiten zur Selbsthilfe“ (Gusy 2013, 997) abrufen, deren Erprobung aber im Miteinander des gesellschaftlichen Zusammenlebens geschieht. Die Stärkung der Resilienz der Bevölkerung verfolgt vor diesem Hintergrund das Ziel, „den Bürgern und Bürgerinnen ihre individuelle Handlungsfähigkeit zurückzugeben und die Entwicklung von zivilgesellschaftlichem Engagement zu fördern. [...] Die Stärkung des sozialen Zusammenhalts führt zu stärkerer informeller sozialer Kontrolle. Sie ist wichtig für die Entwicklung von Resilienz“ (Gerhold 2011, 6).

3. URBANE RESILIENZ ALS PARADIGMA DER STÄDTEBAULICHEN KRIMINALPRÄVENTION

Urbane Resilienz wird vor allem als Antwort auf schwere Schadensereignisse betrachtet. Entsprechend konjunkturelle Verwendung findet das Konzept gegenwärtig im Feld des Bevölkerungsschutzes und der Katastrophenhilfe. Kritische Infrastrukturen sollen vor Naturgefahren oder terroristischen Angriffen geschützt, die Bevölkerung auf neue, bislang kaum vorstellbare Risiken und Unsicherheiten vorbereitet werden. Der Gedanke, urbane Resilienz in diesem Kontext auf geradezu gewöhnlich erscheinende Phänomene der Alltagskriminalität zu beziehen, bedarf insofern der Begründung. Zum einen lässt sich natürlich auch „Kriminalität als Katastrophe“ (Feldes/Kudlacek 2013) konzeptualisieren, die sich für die betroffenen Opfer gar zur „Lebenskatastrophe“ (Hanak et al. 1989)

auswachsen kann. Zum anderen aber hinterlassen etwa die zur Bekämpfung des Terrorismus ergriffenen Maßnahmen ihre Spuren auch in der Prävention und Verfolgung alltäglicher krimineller Handlungen. In der Gefahrenabwehr wird im einen wie im anderen Fall unter Ungewissheit gehandelt, in beiden Fällen werden Maßnahmen ergriffen, bevor ein bestimmtes Ereignis eintritt, um dieses zu verhindern, hinauszuzögern oder zumindest in seinen Folgen abzuschwächen. Freilich weisen die in der Terrorismusbekämpfung adressierten Probleme eine besondere Größenordnung auf. Die Risiken, mit denen sich staatliche Kontrollinstitutionen konfrontiert sehen, sind schwerer kalkulierbar, die Folgen eines möglichen Schadeneintritts sind in der Regel katastrophaler und die Angriffe auf die individuelle Freiheit sind gegebenenfalls größer und nachhaltiger. Und „dennoch unterscheiden sie sich nicht grundlegend von den bei der alltäglichen Strafverfolgung auftretenden Problemen. Auch hier müssen Risiken eingeschätzt [...] werden; auch hier müssen staatliche Antworten in einem angemessenen – proportional zur Wahrscheinlichkeit und zum Schweregrad eines Risikos ausgerichteten – Verhältnis stehen“ (Zedner 2012, 37). Die zur Bekämpfung des Terrorismus drastisch ausgeweiteten Handlungsspielräume der Strafverfolgungsbehörden bleiben auch für die Verfolgung der Alltagskriminalität nicht ohne Folgen. Wenn Terrorismus ein Verbrechen darstellt, so der zu Grunde liegende Gedanke, dann können mit den Mitteln der Strafverfolgung und Prävention auch weit weniger außergewöhnliche kriminelle Handlungen effektiv bekämpft werden. „Denn neue Sicherheitsmaßnahmen, deren Einführung im Zuge außergewöhnlicher Gefahren zum Schutz der Öffentlichkeit oder gar des Lebens einer Nation als notwendig erachtet wird, haben die unheilvolle Tendenz

auch bei weniger großen Gefährdungen angewandt und in die alltäglichen Praktiken der Strafverfolgung und Polizeiarbeit integriert zu werden“ (Zedner 2012, 37 f). Selbst einfache Formen der Kriminalität rücken auf diese Weise in den Kontext von Bedrohungen für die nationale Sicherheit (vgl. Kaufmann 2013, 1011 f). Aber auch mit verschärfter Gefahrenprävention und optimaler Risikovorsorge werden sich Bedrohungen der Sicherheit nicht vollständig verhindern lassen – hundertprozentige Sicherheit kann es bekanntlich nicht geben. Für den Fall, dass das Unvermeidbare eintritt, bedarf es der Entwicklung von Bewältigungs- und Schutzstrategien, die ein effektives Management der Beseitigung von Schadensfolgen ebenso ermöglicht wie die Prävention eskalierender Ereignisse.

Resilienzbasierende Strategien der urbanen Sicherheit antizipieren kein konkretes Ereignis, sondern erwarten das Unerwartete. Wo die Bildung urbaner Resilienz impliziert, dass Kommunen sich zunehmend auf Bedingungen einstellen müssen, die nicht präzise prognostizierbar sind, wird die Steuerbarkeit zukünftiger Ereignisse in Zweifel gezogen (vgl. Würtenberger 2011). Der Steuerungsoptimismus einer Beherrschbarkeit sozialer Bedrohungen weicht dabei einem Verständnis, nach dem sicherheitsrelevante Probleme schlechthin nicht zu beseitigen, sondern nur in ihrem Ausmaß und ihrer Intensität zu minimieren seien. In der Kriminalitätsprophylaxe werden zwar immer avanciertere Verfahren erdacht, um das Auftreten krimineller Ereignisse valide prognostizierbar zu machen. Mit innovativen Formen des Polizierens etwa verbindet sich die Hoffnung, Kriminalität künftig raum-zeitlich vorhersagen zu können. Im so genannten „Predictive Policing“ (vgl. Haberman/Ratcliffe 2012) wird eine Möglichkeit gesehen, durch die Analyse von Informationen über bereits verübte Straftaten, in

Verbindung mit hochkomplexen Algorithmen zur Prävention von Straftaten beitragen zu können.⁶ Die vorbeugende Bestimmung von Kriminalitätsrisiken aber setzt voraus, dass Gefahren kalkulierbar sind und sich riskante Situationen anhand objektiver Kriterien, basierend auf verlässlichen Daten, identifizieren lassen. In der Risikogesellschaft „zeichnen sich die neuen Risiken gerade dadurch aus, dass mit dem Eintreten von Schäden gerechnet wird und dass diese nicht mehr als Ergebnis falscher Planung oder von menschlichem Versagen behandelt werden, sondern als unausweichlich thematisiert werden. Dann kommt es nur noch darauf an, sich auf die Folgen vorzubereiten“ (Groenemeyer 2001, 161). Diese Orientierung trifft nicht nur für technologische oder auch ökologische Risiken zu, sondern besitzt auch für die Thematisierung kriminellen Verhaltens Geltung. Urbane Resilienz kann insofern durchaus als logische Fortführung der Kriminalprävention in der Risikogesellschaft erachtet werden. Wenn mit der Begehung von Straftaten gerechnet werden muss, dann müssen die Gesellschaft und ihre Bürger auf die Normalität der Kriminalität vorbereitet sein. „Resilienz bedeutet in diesem Zusammenhang nicht, immer mehr Sicherheitsmaßnahmen zu institutionalisieren, sondern sich von Thematisierungskonjunkturen unabhängig zu machen und soziale Kohäsion zu stärken“ (Gerhold 2011, 7). Mangelnde soziale Kohäsion schwächt informelle Formen der Sozialkontrolle über potentielle Zielobjekte.

In einer aktuellen Veröffentlichung haben Stefan Kaufmann und Sabine Blum (Kaufmann/Blum 2013) jüngst den Aufstieg von Vulnerabilität und Resilienz als ein „Wandern von Ideen“ in und zwischen Feldern nachgezeichnet, die unterschiedliche Risiken und Sicherheitsprobleme verhandeln. Betrachtet man die Entwick-

lung von Strategien der urbanen Resilienz, so kann man zeigen, dass diese Entwicklung in hohem Maße auf Prinzipien der städtebaulichen Kriminalprävention fußt. Anti-Terror-Maßnahmen, die heutzutage unter dem Etikett „Design out Terrorism“ firmieren, lassen sich wie die Idee des „Design out Crime“ auf situationsbezogene Konzepte zurückführen, wie sie bereits im „defensible space“-Ansatz angelegt sind. Physische Barrieren sollen vor der Gefahr eines Anschlags schützen, der Weg zum Zielobjekt soll versperrt, die verwendeten Materialien robust genug sein, um unter Explosionseinwirkung standzuhalten. Nach dem Terroranschlag auf das World Trade Center im Jahr 1993 schrieb die „New York Times“ (Brown 1995): „Barricades and bollards have become the newest accessory on this country’s psychic frontier. [...] You might call it the architecture of paranoia. They call it ‚defensible space‘.“ Im Katastrophendiskurs hat sich dessen Ursprungsgedanke schließlich soweit mit physisch-technischen Kontrollmechanismen aufgeladen, dass urbane Resilienz leicht als Element eines umfassenden Überwachungsstaats diskreditiert werden kann. In der Kriminalprävention würde ein derartig einseitiges Konzept solchen Bemühungen zuwiderlaufen, die versuchen, die sozialräumlichen Bedingungen urbaner Sicherheit als Teil einer Kriminalprävention im Städtebau zu verankern und das enge Verständnis situationsbezogener Ansätze zu überwinden. Andererseits aber zielt die Logik der Resilienz „vielleicht im Gegensatz zum ‚Big-Brother-Staat‘ darauf ab, einen subjektiven und systematischen Zustand herzustellen, der alle und jeden befähigt, auch in einer Welt voller Risiken frei und vertrauensvoll zu leben“ (Lentzos/Rose 2008, 99). Urbane Resilienz kann insofern als die Fähigkeit einer Gemeinschaft verstanden werden, gemeinsame Werte zu etablieren und diese durch eine

effektive Sozialkontrolle aufrechtzuerhalten. Entscheidend sind dabei die Kohäsion und das gegenseitige Vertrauen unter den Mitgliedern der Gemeinschaft, die die Ausübung kollektiven Kontrollhandelns erst ermöglichen.

Wenn urbane Resilienz als Strategie der Herstellung von Sicherheit derart unterschiedliche Ausprägungen annehmen kann, dass Widerstandsfähigkeit in einer Resilienzperspektive ebenso gut verschärfte Überwachung und technisch gestützte Raum- und Zugangskontrollen bedeuten kann wie die Stärkung sozialer Kohäsion, dann gilt es, das Augenmerk vermehrt auf die Rahmenbedingungen zu richten unter

denen Resilienz und Prävention zueinander in Beziehung treten. Aaron Wildavsky (Wildavsky [1988] 2011, 77 ff) hatte die Einheit von Resilienz und Antizipation als optimalen Umgang mit gesellschaftlichen Risiken erachtet. Heutzutage wird bisweilen versucht, beide Ansätze in ein Gegenverhältnis zu bringen (vgl. Perelmann 2007, 21). Dabei zeigt sich, dass das Konzept der urbanen Resilienz im Rahmen der städtebaulichen Kriminalprävention vor allem dann als vielversprechend erachtet werden kann, wenn Fragen der Sicherheit nicht allein in baulich-technischer Hinsicht, sondern in ihrem weiteren sozialen Kontext adressiert werden.

¹ Vgl. zum theoretischen Modell der „Actuarial Justice“ Feeley/Simon 1994.

² Übersetzung von Rolinski 1980, 32.

³ Zu den sozialräumlichen Folgen dieser Wohnform vgl. Wehrheim 2012, 181 ff.

⁴ Zur „Second-Generation CPTED“ vgl. Saville/Cleveland 2008.

⁵ Vgl. zur „Third-Generation CPTED“ UNICRI/MIT Senseable City Lab 2011. Zum Verhältnis von Sicherheit und Nachhaltigkeit in der städtebaulichen Kriminalprävention vgl. auch Armitage 2007 und Marzbali et al. 2011. Den ökologischen Nutzen kriminalpräventiver Maßnahmen im Städtebau demonstrieren Pease/Farrell 2011.

⁶ Eine Beschreibung der österreichischen Bemühungen, Kriminalitätsschwerpunkte vorherzusagen findet sich bei Marouschek 2008.

Quellenangaben

Armitage, Rachel (2007). *Sustainability versus Safety. Confusion, Conflict and Contradiction in Designing out Crime*, in: Farrell, Graham/Bowers, Kate J./Johnson, Shane D. (eds.) *Imagination for Crime Prevention. Essays in Honour of Ken Pease*, Monsey/NY, 81–110.

Bara, Corinne (2011). *Resilienz und Verwundbarkeit in der Schweiz: Die Unwetter-Katastrophe von 2005*, *Bulletin zur Schweizerischen Sicherheitspolitik*, 77–105.

Beck, Ulrich (1986). *Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne*, Frankfurt a.M.

Behrmann, Dirk/Schröder, Anke (2013). *Kriminalprävention in der Stadtentwicklung – ein Blick in vier europäische Länder*, in: Marks, Erich/Steffen, Wiebke (Hg.)

Sicher leben in Stadt und Land. Ausgewählte Beiträge des 17. Deutschen Präventionstages 2012, Mönchengladbach, 221–230.

Blinkert, Baldo (1988). *Kriminalität als Modernisierungsrisiko? Das „Hermes-Syndrom“ der entwickelten Industriegesellschaften*, *Soziale Welt* 39 (4), 397–412.

Boin, Arjen/Comfort, Louise K./Demchak, Chris C. (2010). *The Rise of Resilience*, in: Comfort, Louise K./Boin, Arjen/Demchak, Chris C. (eds.) *Designing Resilience. Preparing for Extreme Events*, Pittsburgh/PA, 1–12.

Bosher, Lee (ed.) (2008). *Hazards and the Built Environment. Attaining Built-In Resilience*, London.

Brown, Patricia L. (1995). *Designs for a Land Of Bombs and Guns*, *New York Times*, 28.05.1995.

- Bundeskriminalamt (2013). *Kriminalprävention, Jahresbericht 2012*, Wien.
- Bürkner, Hans-Joachim (2010). *Vulnerabilität und Resilienz – Forschungsstand und sozialwissenschaftliche Untersuchungsperspektiven*, Erkner.
- Clarke, Ronald V. (1995). *Situational Crime Prevention*, in: Tonry, Michael/Farrington, David P. (eds.) *Building a Safer Society, Strategic Approaches to Crime Prevention*, Chicago/IL, 91–150.
- Clarke, Ronald V. (1997). *Introduction*, in: Clarke, Ronald V. (ed.) *Situational crime prevention, Successful case studies*, Guildersland/New York, 2–43.
- Coaffee, Jon (2004). *Rings of Steel, Rings of Concrete and Rings of Confidence: Designing out Terrorism in Central London pre and post September 11th*, *International Journal of Urban and Regional Research* 28 (1), 201–211.
- Cohen, Lawrence E./Felson, Marcus (1979). *Social Change and Crime Rate Trends: A Routine Activity Approach*, *American Sociological Review* 44 (4), 588–607.
- Cornish, Derek B./Clarke, Ronald V. (eds.) (1986). *The Reasoning Criminal, Rational Choice Perspectives on Offending*, New York.
- Cozens, Paul M./Pascoe, Tim/Hillier, David (2007). *Critically Reviewing the Theory and Practice of Secured-by-Design for Residential New-build Housing in Britain*, in: Mawby, Rob (ed.) *Burglary*, Aldershot/UK, 345–361.
- Crowe, Timothy D. (2000). *Crime Prevention through Environmental Design, Applications of Architectural Design and Space Management Concepts*, Boston/MA.
- Eklblom, Paul (2012). *Design against Crime*, Boulder/CO.
- Feeley, Malcolm/Simon, Jonathan (1994). *Actuarial justice: The emerging new criminal law*, in: Nelken, David (ed.) *The futures of criminology*, London, 173–201.
- Felgentreff, Carsten/Kuhlicke, Christian/Westholt, Frank (2012). *Naturereignisse und Sozialkatastrophen*, Berlin.
- Feltes, Thomas/Kudlacek, Dominic (2013). *Kriminalität als Katastrophe*, in: Hempel, Leon/Bartels, Marie (Hg.) *Aufbruch ins Unversicherbare. Zum Katastrophendiskurs der Gegenwart*, Bielefeld, 379–396.
- Floeting, Holger (2013a). *Von harten Zielen und weichen Maßnahmen – Sind „resiliente“ Städte „sichere“ Städte?*, in: Beckmann, Klaus J. (Hg.) *Jetzt auch noch resilient? Anforderungen an die Krisenhaftigkeit der Städte*, Berlin, 14–22.
- Floeting, Holger (2013b). *Sicherheit in deutschen Städten – Ergebnisse zweier Kommunalumfragen*, in: Marks, Erich/Steffen, Wiebke (Hg.) *Sicher leben in Stadt und Land, Ausgewählte Beiträge des 17. Deutschen Präventionstages 2012*, Mönchengladbach, 231–236.
- Frevel, Bernhard (2012). *Handlungsfelder lokaler Sicherheitspolitik. Netzwerke, Politikgestaltung und Perspektiven*, Frankfurt a.M.
- Gerhold, Lars (2011). *Dokumentation des Workshops „Kriminalität – alte und neue Herausforderungen für die Sicherheit“ vom 15./16.03.2011*, Berlin.
- Godschalk, David R. (2002). *Urban Hazard Mitigation: Creating Resilient Cities. Paper for Presentation at the Urban Hazards Forum, John Jay College, City University of New York, January 22–24, 2002*.
- Graham, Stephen (2010). *Cities Under Siege. The New Military Urbanism*, New York.
- Groenemeyer, Axel (2001). *Von der Sünde zum Risiko? – Bilder abweichenden Verhaltens und die Politik sozialer Probleme am Ende des Rehabilitationsideals*, *Soziale Probleme* 12 (1–2), 146–182.
- Groenemeyer, Axel (2010). *Wege der Sicherheitsgesellschaft. Transformationen der Konstruktion und Regulierung von Unsicherheiten*, in: Groenemeyer, Axel (Hg.) *Wege der Sicherheitsgesellschaft. Gesellschaftliche Transformationen der Konstruktion und Regulierung innerer Unsicherheiten*, Wiesbaden, 7–19.
- Gusy, Christoph (2013). *Resilient Societies. Staatliche Katastrophenschutzverantwortung und Selbsthilfefähigkeit der Gesellschaft*, in: Heckmann, Dirk/Schenke, Ralf P./Sydow, Gernot (Hg.) *Verfassungsstaatlichkeit im Wandel, Festschrift für Thomas Würtenberger zum 70. Geburtstag*, Berlin, 995–1010.
- Haberman, Cory P./Ratcliffe, Jerry H. (2012). *The Predictive Policing Challenges of Near Repeat Armed Street Robberies*, *Policing* 6 (2), 151–166.
- Hanak, Gerhard/Stehr, Johannes/Steinert, Heinz (1989). *Ärgernisse und Lebenskatastrophen. Über den alltäglichen Umgang mit Kriminalität*, Bielefeld.
- Hitthaler, Anna (2011). *Wieder ein Modewort – Resilienz*, *PlanerIn* (5), 43–44.
- Holling, Crawford S. (1973). *Resilience and stability of ecological systems*, *Annual Review of Ecology and Systematics* (4), 1–23.
- Innes, Martin/Jones, Vanessa (2006). *Neighbourhood Security and Urban Change. Risk, Resilience and Recovery*, York/UK.
- Kaufmann, Stefan (2013). *Die Stadt im Zeichen ziviler Sicherheit*, in: Heckmann, Dirk/Schenke, Ralf P./Sydow, Gernot (Hg.) *Verfassungsstaatlichkeit im Wandel, Festschrift für Thomas Würtenberger zum 70. Geburtstag*, Berlin, 1011–1027.
- Kaufmann, Stefan/Blum, Sabine (2013). *Vulnerabilität und Resilienz: Zum Wandern von Ideen in der Umwelt- und Sicherheitsdiskussion*, in: von Detten, Roderich/Faber, Fenn/Bemmann, Martin (Hg.) *Unberechenbare Umwelt. Zum Um-*

- gang mit Unsicherheit und Nicht-Wissen, Wiesbaden, 91–120.
- Legnaro, Aldo (1997). Konturen der Sicherheitsgesellschaft. Eine polemisch-futurologische Skizze, *Leviathan* 25 (2), 271–284.
- Lentzos, Filippa/Rose, Nikolas (2008). Die Unsicherheit regieren. Biologische Bedrohungen, Notfallplanung, Schutz und Resilienz in Europa, in: Purtschert, Patricia/Meyer, Katrin/Winter, Yves (Hg.) *Gouvernementalität und Sicherheit. Zeitdiagnostische Beiträge im Anschluss an Foucault*, Bielefeld, 75–101.
- LKA Niedersachsen (2012). *PluS – Planning Urban Security, Final Report*, Hannover.
- Maguire, Brigit/Hagan, Patrick (2007). *Disasters and communities: understanding social resilience*, *The Australian Journal of Emergency Management* (22), 16–20.
- Marouschek, Paul (2008). Das Austrian Crime Information System als polizeiliches Führungsinstrument, *Polizei heute* (6), 193–208.
- Marzbali, Massoomeh H./Abdullah, Aldrin et al. (2011). A Review of the Effectiveness of Crime Prevention by Design Approaches towards Sustainable Development, *Journal of Sustainable Development* 4 (1), 160–172.
- Mergenthaler, Andreas (2012). Gesundheitliche Resilienz. Konzept und Empirie zur Reduzierung gesundheitlicher Ungleichheit im Alter, Wiesbaden.
- Newman, Oscar (1972). *Defensible Space. Crime Prevention through Urban Design*, New York.
- Pease, Ken/Farrell, Graham (2011). *Climate Change and Crime*, *European Journal on Criminal Policy and Research* 17 (2), 149–162.
- Perelman, Lewis J. (2007). *Shifting Security Paradigms: Toward Resilience*, in: *Critical Infrastructure Protection Program at George Mason University School of Law* (ed.) *Critical Thinking: Moving from Infrastructure Protection to Infrastructure Resilience*, Arlington/VA, 23–48.
- Resilience Alliance (2007). *A Research Prospectus for Urban Resilience. A Resilience Alliance Initiative for Transitioning Urban Systems towards Sustainable Futures*, Canberra.
- Rogers, Peter (2012). *Resilience & the City. Change, (Dis)Order and Disaster*, Farnham/UK.
- Rolinski, Klaus (1980). *Wohnhausarchitektur und Kriminalität*, Wiesbaden.
- Sampson, Robert J. (2012). *Great American City. Chicago and the Enduring Neighborhood Effect*, Chicago.
- Saville, Greg/Cleveland, Gerry (2008). *Second Generation CPTED: The Rise and Fall of Opportunity Theory*, in: *Atlas, Randall I. (ed.) 21st Century Security and CPTED*, New York, 79–90.
- Savitch, Hank V. (2008). *Cities in a Time of Terror. Space, Territory, and Local Resilience*, Armonk/NY.
- Schubert, Herbert/Veil, Katja (2011). *Kriminalprävention im Sozialraum. Explorative Validierung des ISAN-Präventionsmodells*, *Monatsschrift für Kriminologie und Strafrechtsreform* 94 (2), 83–101.
- Singelstein, Tobias/Stolle, Peer (2006). *Die Sicherheitsgesellschaft. Soziale Kontrolle im 21. Jahrhundert*, Wiesbaden.
- Stummvoll, Günter (2002). *CPTED. Kriminalprävention durch Gestaltung des öffentlichen Raumes*, Wien.
- Stummvoll, Günter (2004). *Kriminalprävention in Wien. Eine Fallstudie zur Kriminalpolitik in der Wiener Polizei*, Wien.
- UNICRI/MIT Senseable City Lab (2011). *New Energy for Urban Security. Improving Urban Security through Green Environmental Design*, Turin.
- Voss, Martin (2010). *Resilienz, Vulnerabilität und transdisziplinäre Katastrophenforschung*, in: *Siedschlag, Alexander (Hg.) Jahrbuch für europäische Sicherheitspolitik 2009/2010*, Baden-Baden, 67–84.
- Wehrheim, Jan (2012). *Die überwachte Stadt – Sicherheit, Segregation und Ausgrenzung*, Opladen.
- Welzer, Harald (2013). *Über Zukunft*, *Süddeutsche Zeitung*, 02./03.03.2013.
- Wildavsky, Aaron ([1988] 2011). *Searching For Safety*, New Brunswick/NJ.
- Würtenberger, Thomas (2011). *Resilienz*, in: *Baumeister, Peter/Ruth, Wolfgang/Ruthig, Josef (Hg.) Staat, Verwaltung und Rechtsschutz. Festschrift für Wolf-Rüdiger Schenke zum 70. Geburtstag*, Berlin, 561–578.
- Zedner, Lucia (2012). *Risiko, Sicherheit und Terrorismus: Drei Konzepte auf der Suche nach einer akademischen Disziplin*, *Kriminologisches Journal* (10. Beiheft), 30–46.

Weiterführende Literatur und Links

Zedner, Lucia (2009). *Security*, London/New York.